



Europas Handelspolitik im Wandel: Deutschland als Akteur in einer neuen Weltordnung

Die Idee des Freihandels stößt an immer mehr Grenzen. Geoökonomische Spannungen mit China aber auch den USA und selbstbewusster auftretenden Staaten des globalen Südens wachsen. Statt nur um Effizienz durch Welthandel muss es in Europa und Deutschland darum zunehmend auch um Resilienz gehen. Also statt klassisch nur um Kostenvorteile und Marktöffnung durch Handel mit günstigeren Produzenten, auch um den Schutz der eigenen Wertschöpfungsketten wichtiger Produkte von den Grundstoffindustrien bis in den Hightech-Bereich. Deutschland und Europa sollten dabei ihre Handelspolitik stärker strategisch an den eigenen Interessen ausrichten, und zugleich an den teils begrenzten eigenen Möglichkeiten. Statt großer multilateraler Handelsabkommen kann es um kleinere plurilaterale oder bilaterale gehen. Statt dass diese lange nicht zum Abschluss kommen, sollten strittige Elemente ausgeklammert werden. Und dies sind nur einige der zu diskutierenden Veränderungen. Dabei weiter an Nachhaltigkeitszielen festzuhalten, ist eine Herausforderung.



Executive Summary

Geopolitische Verschiebungen, wachsender Protektionismus und unfairer Wettbewerb stellen Deutschland und Europa vor zunehmende Herausforderungen in ihrer Außenwirtschaftspolitik. Für die Fortsetzung der Transformation, müssen wir Freihandelsabkommen mit unseren Partnern abschließen und neue Strategien und Instrumente entwickeln, um mit unterschiedlichen Abhängigkeiten umzugehen. Damit die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und nachhaltiges Wachstum gefördert wird, sind aus Sicht der Unternehmen daher gezielte Maßnahmen erforderlich:


- > Vereinfachtere sektorale Abkommen und EU-only Abkommen
- > Stärkung des multilateralen Handelssystems
- > Freier und insbesondere fairer Handel für die Transformation
- > Anwendbare Nachhaltigkeitsmaßnahmen in Handelsabkommen
- > Sinnvolle Umsetzung Energie- und klimapolitischer Maßnahmen

Diese Maßnahmen würden dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, nachhaltige Entwicklung zu fördern und damit Deutschlands Rolle als führender Akteur in der globalen Wirtschaft zu stärken.



Herausforderung

Aktuelle Dynamiken, wie geopolitische Verschiebungen, Nachhaltigkeitsziele, Energieknappheit, zunehmender Protektionismus und unfairen Wettbewerb beeinflussen nicht nur die bestehenden Handelsbeziehungen, sondern auch die zukünftige Gestaltung von Handelsabkommen und Kooperationen. Der teilweise subventionsgetriebene unfaire Wettbewerb des chinesischen Wirtschaftsmodells und die radikale Reaktion der USA auf diese Herausforderung, drohen den Welthandel zu destabilisieren.

Die EU und Deutschland werden aufgrund ihrer exportorientierten Industrie doppelt unter Druck gesetzt. Zum einen durch zunehmenden unfairen Wettbewerb chinesischer Unternehmen auf den Welt- und Heimatmärkten und zum anderen den Sekundäreffekten der US-Abschottungspolitik. Auf diese Herausforderungen ist das Welthandels-system bislang nicht eingestellt und eine umfassende WTO-Reform, die 60 % des EU-Außenhandels regelt, ist dringend notwendig, um den veränderten globalen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Gleichzeitig sollten alternative Ansätze, wie plurilaterale oder bilaterale Abkommen erwogen werden. Ein Beispiel dafür ist der [„Free and Fair Trade and Investment Club“](#) der B7-Gruppe, unter Beteiligung der G7-Staaten und der EU, um gemeinsame Regeln zu etablieren.

Die bilaterale Handelsagenda ist entscheidend, um neue Märkte zu erschließen und kritische Rohstoffe zu sichern. Freihandelsverhandlungen mit Mercosur, Indien, ASEAN, Australien und Mexiko sollten beschleunigt werden. Daneben wäre ein transatlantisches

Handels- und Kooperationsabkommen (TTC) mit den USA sinnvoll, da dies weiterhin die wichtigste bilaterale Handelsbeziehung sein wird. Allerdings befürchten viele Unternehmen, dass Handelsabkommen durch eine Überfrachtung mit handelsfremden Themen erschwert werden. Klima- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Arbeitsschutzstandards sind von hoher Bedeutung, sollten aber umsetzbar bleiben. Abkommenspartner sehen sich nicht mehr in der Lage die hohen Ansprüche und Regulierungen der EU zu erfüllen und erachten diese zunehmend auch nicht mehr als notwendig. Daher sollten Deutschland und die EU eine ganzheitliche und strategische Herangehensweise entwickeln, um den außenwirtschaftlichen Herausforderungen effektiv zu begegnen.

Praxisblick

Deutschland ist mit einer Exportquote von 92 % auf den Marktzugang in Auslandsmärkte angewiesen. Exporte außerhalb der EU werden oft durch hohe Einfuhrhemmnisse wie Zölle, administrative Verfahren oder besondere Regeln (NTBs) erschwert. Insbesondere bei Märkten mit hohen Zöllen sind Freihandelsabkommen wichtig, um für die exportierende Industrie einen besseren Zugang zu diesen Märkten zu ermöglichen. Trotz zahlreicher Abkommen der EU gibt es Herausforderungen bei deren Umsetzung, wie komplexe Ursprungsregeln, was dazu führen kann, dass die Abkommen nicht so genutzt werden, wie von der Politik erhofft. Der Aufwand, die Ursprungsregeln darzustellen und umzusetzen, überwiegt möglicherweise dem eingesparten Zoll. Die Unternehmen plädieren hier für vereinfachte Verfahren und Prozesse. Hinzu kommt bei einigen Produkten das sehr langsame Auslaufen bzw.

die Reduktion der Zollsätze, wodurch sich die Vorteile des FTAs nicht nutzen lassen.

Die EU sollte mit ihren Abkommen eine Balance zwischen Handelsinteressen und Nachhaltigkeitszielen ermöglichen.

Der langsame Fortschritt bei aktuellen Freihandelsabkommen, etwa mit Mercosur, Indien und Mexiko, ist für viele Unternehmen herausfordernd. Verzögerungen beim Abschluss von Abkommen sind insgesamt kein gutes Zeichen an die internationale Gemeinschaft, schwächen die Verhandlungsspielräume der EU und können potenzielle Partner zu anderen Allianzen treiben - ein fatales Signal in diesen Zeiten und ein Verlust an globalen Gestaltungsmöglichkeiten für die EU, die entscheidend von unserer wirtschaftlichen Stärke abhängen.

Multilaterale Handelsabkommen sind und bleiben ein wichtiger Pfeiler der EU-Strategie. Sie helfen, Handelsbarrieren abzubauen und neue Märkte zu erschließen, während hohe Standards im Umweltschutz und bei Arbeitsrechten gefördert werden. Um die Verhandlungen zu beschleunigen, sollten allumfassende Verhandlungspakete kleiner gefasst und spezifische Kapitel aus den Abkommen herausgenommen werden (bspw. Landwirtschaft). Ein Abkommen sollte ein ausgeglichenes Instrument sein, das allen Anliegen möglichst gerecht wird. Ziel ist eine Win-Win Situation für alle. Sektoren dürfen untereinander nicht ausgespielt werden. Ambitionsärmere Einzelabkommen und sektorale Vereinbarungen könnten hier eine Lösung sein. Auch EU-only-Abkommen würden den Prozess vereinfachen, indem nur der europäische Rat und das Parlament entscheiden, ohne nationale Ratifizierung der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die EU steht dabei allerdings vor einem Dilemma, da sie zum einen die Offenheit der Handelsbeziehungen bewahren will und zum anderen wird sie gezwungen, sich gegen WTO-widrige Zölle und Subventionen sowie gegen ökonomische Zwangsmaßnahmen der Großmächte (USA/China) zu schützen.

Fairer und freier Handel ist daneben auch für die Transformation von grundlegender Bedeutung, beispielsweise für die batteriebetriebene Mobilität, die auf ausländische Rohstoffe und Vorprodukte angewiesen ist, oder für die Herstellung von CO₂-armen Stahlprodukten. Daher sind neben Freihandelsabkommen auch Rohstoff- und Energieabkommen nötig, um in der EU die Klimaziele zu erreichen. Die Transformation benötigt dabei eine handelspolitische Absicherung, die neue Maßnahmen und Instrumente gegen unfairen Handel sowie Marktöffnungsstrategien gleichermaßen vorsieht.

Sektorale Vereinbarungen, Einzelabkommen und EU-only-Abkommen könnten Verhandlungsprozesse deutlich beschleunigen und vereinfachen.

EU-Handelsstrategie: Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit

Der EU-Ansatz für Handel und nachhaltige Entwicklung fördert grünes und gerechtes Wachstum, wie das EU-Neuseeland Freihandelsabkommen zeigt. Dieses Abkommen enthält Kapitel zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen, Geschlechtergleichstellung und der Reform fossiler Brennstoffsubventionen. Zukünftige

■ **Deutschland: Entwicklung des Außenhandels**

Export, Import und Exportüberschuss in absoluten Zahlen, 1998 bis 2023



Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel
 Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0
 Bundeszentrale für politische Bildung 2024 | www.bpb.de

Abkommen sollten solche Ansätze berücksichtigen, ohne den Handel zu behindern. Gleichzeitig ist die Komponente der Lieferkette von entscheidender Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um Diversifizierung, sondern auch um Resilienz und Widerstandsfähig. Wie können wir dies in die Zukunft sicherstellen?

Es braucht einen kohärenteren Blick, der sich noch strategischer anschaut, welche externen und vor allem internen Instrumente Auswirkungen auf internationale Partnerschaften haben. Um auf unfaire Handelspraktiken anderer Länder zu reagieren, setzt die EU zunehmend auch auf nachhaltigen Handel und technologische Innovationen, wie grüne Technologien und erneuerbare Energien. Diese Maßnahmen sollen die Wettbewerbsfähigkeit mit hohen

Umweltstandards verbinden und gleichzeitig den europäischen Binnenmarkt schützen. Hierzu nutzt die EU handelspolitische Instrumente wie Anti-Dumping-Zölle und Schutzmaßnahmen gegen plötzliche Importsteigerungen. Die veränderten Handelsströme und der weltweite Subventionswettbewerb zeigen in zahlreichen Branchen, dass die klassischen Handelsschutzinstrumente an ihre Grenzen stoßen, wo es bspw. um länderübergreifende Subventionen geht oder Märkte unter massiven subventionierten Überkapazitäten leiden. Gegen diese Bedrohungen müssen neue Instrumente entwickelt werden, um die Transformation vor unfairem Wettbewerb zu schützen, insbesondere gegen Länder, die deutlich geringere oder gar keine Klimaschutzanstrengungen zeigen.

Darüber hinaus hat die EU im Juni 2023 eine Strategie für wirtschaftliche Sicherheit veröffentlicht, die auf den Säulen Protect, Promote und Partner basiert. Aus Sicht der Unternehmen sollte der Fokus dabei aber nicht nur auf Protect liegen, sondern Promote und Partner sind mindestens genauso wichtig, um Decoupling- und Renationalisierungstendenzen zu vermeiden. Es sollte Aufgabe der Politik sein, zu erkennen, welche geopolitischen Risiken bestehen und welche Auswirkungen sie auf die Wirtschaft haben (Erfahrungen mit Russland im Energiebereich), um entsprechende Gegenstrategien zu entwickeln und die Souveränität der europäischen Märkte zu stärken.

Energie- und klimapolitische Maßnahmen in der Außenwirtschaftspolitik

Die Verbindung von Klima- und Energiepolitik mit der Außenwirtschaftspolitik ist essenziell. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, Maßnahmen zum Klima-, Arbeits- und Verbraucherschutz innerhalb der EU umzusetzen, ohne den internationalen Handel zu behindern.

Ein vielversprechender Ansatz könnte der Einbau von Review-Klauseln in Handelsabkommen sein. Sie ermöglichen vorläufige Abkommen, selbst wenn Partnerstaaten Widerstand gegen Nachhaltigkeitsregeln zeigen, mit der Option, diese später nochmal nachzuverhandeln. Dies schützt Handelsinteressen und fördert gleichzeitig Nachhaltigkeitsstandards. Die kontinuierliche Anpassung dieser Mechanismen ist jedoch entscheidend und erfordert politische Entschlossenheit und Zusammenarbeit zwischen der Politik und der Wirtschaft, um effektive Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Die EU muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und innovative Lösungen vorantreiben, um wieder eine positive Stimme für offenen Handel und offene Märkte zu entwickeln und gleichzeitig, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und weiterhin globale Gestaltungsmöglichkeiten zu haben.



Was tun?

Die Unternehmen schlagen eine Reihe von konkreten umsetzbaren Maßnahmen vor, wie sich Deutschland und die EU im Rahmen ihrer Außenwirtschaftspolitik neu ausrichten können:

1. Vereinfachere sektorale Abkommen und Stärkung des multilateralen Handelssystems:

Neben der WTO-Reform sollten die EU und Deutschland aktiv plurilaterale Abkommen mit den G7-Staaten und der EU fördern. Bilaterale Handelsabkommen mit dem Mercosur, Indien, der ASEAN-Region, Australien und Mexiko sollten beschleunigt werden, wobei spezifische Kapitel herausgenommen werden können, um Verhandlungen zu verkürzen. Freihandelsabkommen sollten nicht mit handelsfremden Themen überladen werden, um die Ratifizierung zu erleichtern. Sektorale Abkommen und EU-only-Abkommen könnten den Prozess durch alleinige Entscheidungen im europäischen Rat und Parlament weiter vereinfachen.

2. Freier und fairer Handel für die Transformation und mehr Partnerschaften auf Augenhöhe:

Im Rahmen der wirtschaftlichen Handlungsspielräume sollten wir auf Kooperation setzen, insbesondere beim Klimaschutz, bei allen Fragen der Nachhaltigkeit sowie im Bereich der Außenwirtschaft, inklusive dem Abbau von Handelshemmnissen. Es sollten verstärkt Rohstoff- und Energieabkommen mit Partnern eingegangen werden, um die Transformation voranzutreiben und die Klimaziele zu erreichen. Eine handelspolitische Absicherung der Transformation mit neuen Instrumenten ist notwendig, weil die bisherigen Handelsschutzinstrumente aktuell versagen und einen Nachhaltigkeitsaspekt benötigen.

3. Anwendbare Nachhaltigkeitsmaßnahmen in Handelsabkommen weiter ausbauen:

Die EU sollte den Ansatz für Handel und nachhaltige Entwicklung weiter vorantreiben, indem sie ähnliche Abkommen wie das EU-Neuseeland Freihandelsabkommen verhandelt. Gleichzeitig sollte die EU-Maßnahmen zur Gewährleistung von Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten fördern und sicherstellen, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen aus unternehmerischer Sicht möglich ist, um eine faire und nachhaltige Handelspraxis zu gewährleisten.

4. Energie- und klimapolitische Maßnahmen in der Außenwirtschaftspolitik umsetzen ohne negativen Einfluss auf den Handel:

Die EU sollte Review-Klauseln in Handelsabkommen verstärkt nutzen, um vorläufige Abkommen zu ermöglichen und gleichzeitig die Möglichkeit zur Überarbeitung behalten, falls Partnerstaaten Widerstand gegen Nachhaltigkeitsregeln zeigen. Dies ermöglicht eine Balance zwischen Handelsinteressen und Nachhaltigkeitszielen. Es ist entscheidend, dass die EU kontinuierlich an der Anpassung dieser Mechanismen arbeitet und dafür politische Entschlossenheit zeigt.

>> Weiterführende Infos

>> Bei der Europäischen Kommission: https://policy.trade.ec.europa.eu/index_en

>> Beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): <https://bitly.ws/3dW7d>

In den Kompetenzclustern entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung aus den Unternehmen im Austausch mit der Politik fachliche Perspektiven.

>> Noch Fragen? Kommen Sie jederzeit gern auf uns zu!“

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.

Leiter Programm Christoph Busch, Christoph.Busch@wirtschaftsvereinigung-gruene.de

Dorotheenstraße 3, 10117 Berlin

Eingetragene Interessenvertreterin im deutschen Lobbyregister R007085

Eingetragen im EU Transparenzregister 290752950419-55